



Interviews

Nach den Marathon-Sitzungen des Koalitionsausschusses

Zufriedenstellende Kompromisse oder weiter Hauen und Stechen vor allem mit der FDP?

Ricarda Lang, Co-Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, im Gespräch mit Tobias Armbrüster

"Informationen am Morgen", 29.3.2023, 7:15 Uhr

Tobias Armbrüster: Vor allem Ricarda Lang, die Parteichefin der Grünen, hat heute Morgen eine Menge zu tun. Sie ist schon wieder im nächsten Termin. Deshalb habe ich vor etwa zehn Minuten mit ihr gesprochen. Schönen guten Morgen, Frau Lang.

Ricarda Lang: Hallo! Guten Morgen!

Armbrüster: Frau Lang, seit wann sind die Grünen eine Autobahnpartei?

Lang: Das sind wir nicht, das waren wir nicht und das werden wir auch in Zukunft nicht sein. Wir haben uns vorgenommen, innerhalb dieser Koalition bei Planungsbeschleunigung jetzt richtig voranzugehen, und das tun wir mit den Ergebnissen des Koalitionsausschusses. Das tun wir bei der Schiene, das tun wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien, das tun wir bei den Stromnetzen.

Gleichzeitig ist es für uns ein schwieriger Schritt zu sagen, auch eine sehr begrenzte Anzahl von Teilprojekten bei Autobahnen werden wir beschleunigen, sofern das von dem betroffenen Bundesland gewünscht ist. Das heißt, die Bundesländer werden da jetzt auch noch mitreden. Es wird weitere Verhandlungen geben.

Und wir haben uns darauf geeinigt, dass alles, was neu gebaut wird, sei es beim Ausbau oder beim Neubau von Autobahnen – wobei man sagen muss, beim Neubau wird nichts beschleunigt, es geht hier nur um Ausbauprojekte -, in Zukunft von Solar-Panels begleitet werden muss. Das heißt, die Fläche, die hier geschaffen wird, die wird in Zukunft genutzt für erneuerbare Energien. Es soll kein Kilometer Autobahn in Deutschland mehr gebaut werden, ohne dass sichergestellt ist, dass diese Fläche auch für Solarenergie genutzt wird.

Armbrüster: Sie geben grünes Licht für insgesamt 140 Autobahnprojekte. Viele fragen sich heute Morgen, wie passt das, bitteschön, mit Klimaschutz zusammen, auch wenn da ein paar Solar-Paneele an der Seite gebaut werden.

Lang: Wir müssen noch mal klarmachen, worum es hier geht. Es geht um kleine Teilprojekte und nur, wenn die Länder, in denen diese Projekte stattfinden, das auch wünschen. Das heißt, es wird hier noch Aushandlungen geben. Ist das trotzdem ein schwieriger Kompromiss, der mir auch weh tut? – Ja, auf jeden Fall. Das will ich überhaupt gar nicht verhehlen. Wenn aber nicht am Ende in diesem Paket, das wir im Koalitionsbeschluss beschlossen haben, auch Kompromisse drin wären, wenn nicht jeder von uns da auch bestimmte Zumutungen aushalten würde, gäbe es gar kein Ergebnis. Wenn wir von Anfang an der gleichen Meinung gewesen wären, dann hätten wir wahrscheinlich auch nicht drei Tage verhandelt.

Ich glaube, was ein sehr wichtiger Schritt ist für die Verkehrspolitik, ist, dass wir endlich diesen Grundsatz, Straße finanziert Straße, brechen. In Zukunft, also schon ab nächstem Jahr, soll es einen CO2-Aufschlag bei der LKW-Maut geben in Höhe von 200 Euro, und das Geld, das da rauskommt, geht zu 80 Prozent in den Ausbau der Schiene. Das sind fünf Milliarden pro Jahr und das werden bis zum Jahr 2027 20 Milliarden sein, die wir da reinbekommen.

Armbrüster: Frau Lang, die Beschlüsse, die Sie gestern getroffen haben, die sehen außerdem vor, hole ich jetzt auch mal hier raus aus dem 16seitigen Papier, dass das Klimaschutzgesetz aufgeweicht wird. So wird das zumindest heute in vielen Kommentaren beschrieben. Die Klimaziele einzelner Sektoren können künftig miteinander verrechnet werden. Das klingt alles sehr technisch, sorgt aber letztendlich dafür, dass niemand, auch kein Minister mehr, so richtig verantwortlich ist, wenn Klimaziele in seinem Sektor oder in ihrem Sektor verfehlt werden. Wie hilfreich ist so eine Verwässerung?

Lang: Die Sektorziele – und das war für mich der zentrale Punkt in den Verhandlungen des Klimaschutzgesetzes - bleiben im Grundsatz erhalten. Das heißt, jeder Sektor, sei das Verkehr, Industrie, Landwirtschaft, hat weiterhin jährlich überprüfbare Ziele. Es gibt ein Monitoring und dann wird alle zwei Jahre geschaut, ob die Klimaziele der einzelnen Sektoren, aber auch der gesamten Regierung eingehalten werden.

Hier kommt die Neuerung: Wenn in Zukunft die Regierung als Ganzes ihre Klimaziele einhält, in der Prognose, das heißt auch nicht, wie jetzt in diesem Jahr, aufgrund einer Energiekrise oder aufgrund eines Angriffskrieges auf europäischem Boden, sondern mit den Klimaschutzmaßnahmen, die geplant sind, die Regierung als Ganzes ihre Klimaziele einhält, dann kann ein Sektor dem anderen helfen. Das heißt, wenn einer dann nicht erfüllt, kann es durch einen anderen ausgeglichen werden.

Wenn aber die Regierung als Ganzes ihre Klimaziele nicht einhält, dann muss ein Klimaschutzprogramm kommen, und da müssen dann wiederum die Sektoren, die zur Zielverfehlung beigetragen haben, liefern. Das heißt, das Prinzip der Ressort-Verantwortung bleibt hier erhalten, und das war für mich ein ganz zentraler Punkt beim Klimaschutzgesetz.

Armbrüster: Frau Lang, um das nur mal klar zu sagen. Das heißt aber doch letztendlich, wenn beispielsweise Volker Wissing im Verkehrssektor seine Klimaziele künftig verfehlt, dann muss nicht er

mit seinem Sektor dafür Abhilfe schaffen, sondern dann sind alle anderen Ministerinnen und Minister ebenfalls in der Pflicht.

Lang: Das würde nur heißen, wenn die Regierung als Ganzes ihre Klimaziele einhält, wenn wir als Deutschland auf dem richtigen Weg zur Klimaneutralität 2045 sind und die Emissionsreduzierung, die wir uns dafür vorgenommen haben, halten werden, dann kann ausgeglichen werden zum Beispiel im Verkehrsbereich, wenn in der Industrie, im Energiesektor oder in der Landwirtschaft überperformt wird. Ich muss hier ganz ehrlich sagen, das wird wahrscheinlich nicht so häufig vorkommen, weil wir in allen Sektoren gerade eher hinterherhängen, als dass wir jetzt einen Übersprung beim Klimaschutz haben. Aber wie gesagt: Wenn sich Deutschland nicht auf dem richtigen Weg befindet, wir nicht genug Emissionen reduzieren, dann muss der Verkehr weiterhin liefern. Das heißt, kein Sektor wird hier aus der Verantwortung genommen, und das ist auch wichtig, denn man muss ehrlich sagen und an der Stelle will ich auch ganz ehrlich sagen, das was wir gestern beschlossen haben, das wird nicht reichen, um die Lücke im Verkehr zu schließen. Da müssen wir weiterhin dranbleiben und da werden wir jetzt nun auch dranbleiben.

Armbrüster: Die Kritik gerade an der grünen Position ist heute Morgen verheerend. Wir haben die Umwelthilfe in den Nachrichten gehört. Die spricht von einer Katastrophe. Aus Greenpeace heißt es, das Klimaschutzgesetz wird hier entkernt. – Frau Lang, Sie haben gesagt, dass hier alle Abstriche machen mussten. Viele haben den Eindruck, dass vor allen Dingen die Grünen hier Abstriche gemacht haben. Wo sehen Sie denn, wo sind Ihnen, bitteschön, FDP und SPD noch entgegengekommen?

Lang: Ich glaube erst mal, was für mich die Parameter sind bei so einem Ergebnis, das ist nicht in erster Linie, wer hat sich durchgesetzt oder wer hat da was gewonnen, sondern das ist die Frage, erstens ist es gut fürs Land und zweitens ist es gut für den Klimaschutz. Da muss man an beiden Stellen sagen, das was wir beschlossen haben, das reicht noch nicht. Deshalb werden wir auch

dranbleiben. Aber wir haben Fortschritte mit drin und ich will da drei Dinge nennen. Das eine hatte ich gerade schon genannt. Das ist die LKW-Maut und damit das Geld, was in die Schiene fließt. Wir haben uns als Regierung dazu comitted, dass wir den Investitionsbedarf bei der Bahn, 45 Milliarden Euro bis 2027, jetzt endlich angehen und hier noch Geld investieren. Das ist zweitens die Verbindung, und zwar in den Ausbau der erneuerbaren Energien. Hier haben wir noch mal eine massive Planungsbeschleunigung. Die Kommunen haben mehr Rechte und Möglichkeiten. Die Flächen, die vorhanden sind, werden in Zukunft mehr genutzt, übrigens auch im Naturschutz durch ein Flächengesetz, durch einen Biotopverbund. Hier werden wir Flächen in Zukunft sehr viel mehr für Naturschutz und für Klimaschutz verwenden. – Und das dritte: Wir verpflichten uns als gesamte Regierung, dass das Gebäude-Energiegesetz jetzt kommt. Das heißt, dass es in Zukunft in Deutschland beim Neubau und beim Einbau von neuen Heizungen keine Öl- und Gasheizungen mehr geben wird. Das ist wirklich ein riesiger Fortschritt für die Wärmewende in diesem Land und damit für Klimaneutralität im Gebäudesektor.

Armbrüster: Aber, Frau Lang, auch bei den Heizungen haben Sie als Grüne einen Schritt zurückgemacht. Da werden jetzt die strengen Vorgaben von Robert Habeck deutlich aufgeweicht.

Lang: Schon in den Planungen von Robert Habeck war es so, dass im Bestand eine Technologieoffenheit herrscht, auch andere Möglichkeiten vorhanden sein sollen, als nur auf Wärmepumpe oder Fernwärme zu setzen. Man muss aber ganz ehrlich sein: Die Wärmepumpe – und das würde ich auch allen Zuschauer*innen oder Zuhörer*innen empfehlen, sich das zu Herzen zu nehmen – wird das effizienteste Mittel sein.

Was aber auch der zentrale Punkt dieses Gesetzes war und auch weiterhin ist, das ist, dass es eine Klarheit darüber gibt, dass ab 2024 keine neuen Gas- und keine neuen Ölheizungen mehr eingebaut werden, dass wir uns endlich von diesen fossilen Techniken, die auf Dauer nicht nur klimaschädlich, sondern auch verdammt teuer sind, dass wir uns davon endlich verabschieden und auch die Strecke

Klimaschutz, aber vor allem auch Bezahlbarkeit geschaffen wird. Und wir haben uns auch ganz klar darauf festgelegt, das wird mit einem sozialen Ausgleich verbunden. Das heißt, niemand wird in dieser Situation im Stich gelassen, gerade nicht Menschen mit einem kleinen oder mittleren Einkommen.

Armbrüster: Frau Lang, Sie haben jetzt mehrmals gesagt, dass Ihnen das, was da beschlossen wurde, noch nicht reicht. Können wir dann davon ausgehen, dass das weitergeht mit diesem Streit innerhalb der Koalition in den kommenden Monaten und Jahren?

Lang: Wir haben eine Regierung, eine Dreierkonstellation, die erste Dreierkonstellation einer Bundesregierung in Deutschland, die, wenn man ehrlich ist, viele gesellschaftliche Konflikte austragen muss. Es ist ja so, dass in den letzten Jahren vieles liegen geblieben ist, sei es bei Planungsbeschleunigung, sei es bei Klimaschutz und Verkehr. Jetzt müssen wir unglaublich schnell handeln und dabei auch Konflikte, die ja in der Gesellschaft bestehen, miteinander aushalten, Interessenskonflikte. Das ist nicht immer einfach. Das war vielleicht in den letzten Wochen auch ruppiger, als es sein sollte. Am Ende sind wir aber zu einem Ergebnis gekommen und das werden wir auch in Zukunft schaffen. Davon bin ich überzeugt. Und vor allem schaffen wir es jetzt endlich - das Gebäude-Energiegesetz ist dafür ein Beispiel -, Strukturreformen anzugehen. Im letzten Jahr war viel Krisenbewältigung. Jetzt geht es um Strukturreformen. Das heißt, ich glaube, wir werden auch in Zukunft als Regierung handlungsfähig sein. Aber ich kann auch versprechen, wir Grüne werden gerade bei dem Thema Klimaschutz und Verkehr und insgesamt Klimaschutz auch hart bleiben und dranbleiben.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.